

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 5. Juli 1973

Blatt 1312

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Antrittsrede des neuen Bürgermeisters
Erhöhung des Taxitarifs beantragt
Wahl des neuen Bürgermeisters
Erste Bürgermeister-Pressekonferenz

Lokal: Weiterer Impfschutz für die Schweine in Wien
"Schwarze Männer" waren die ersten Gratulanten

Kultur: Isaiah Jackson im Arkadenhof

Chef vom Dienst 42 800/2971

Kommunal:

Antrittsrede des neuen Bürgermeisters

=====

Wien, 5.7. (RK) Die Wahl zum Bürgermeister unserer Stadt empfinde ich als die größte Ehre und Auszeichnung, die einem Bürger Wiens widerfahren kann, aber auch als die größte persönliche Verpflichtung und Herausforderung. Lassen Sie mich in diesem Augenblick sagen, daß ich diese Berufung nicht leichtfertig annehme, sondern im Bewußtsein der Probleme, die es zu lösen gibt und im Bewußtsein der Ziele, die wir im Interesse der Bewohner Wiens zu verwirklichen haben. Ich danke von dieser Stelle dem Gemeinderat für das durch die Wahl ausgesprochene Vertrauen. Ich werde versuchen, diesem Vertrauen gerecht zu werden.

Ich werde als Bürgermeister auf die Zusammenarbeit mit den gewählten Vertretern der Wiener größten Wert legen - ja, diese Zusammenarbeit wird an erster Stelle für jede konstruktive Arbeit für unsere Stadt stehen. Ich habe mündlich und schriftlich den Gedanken der parlamentarischen Demokratie und des Ausbaues ihrer Einrichtungen über ein Jahrzehnt lang vertreten. Ich denke nicht daran, eine geistige Bücherverbrennung vorzunehmen. Glauben Sie mir, bitte, daß diese grundsätzliche Einstellung, dieser grundsätzliche Glaube an die Bedeutung parlamentarischer Institutionen ebenso auf das Parlament der Wiener zutrifft. Ich bekenne mich zu den Worten, die Hans Kelsen vor 40 Jahren schrieb. Er sagte, daß der Parlamentarismus die einzige reale Form ist, in der die Idee der Demokratie innerhalb der sozialen Wirklichkeit von heute erfüllt werden kann.

Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich vor allem Wert darauf lege, diese meine grundsätzliche Einstellung zum Wiener Gemeinderat darzulegen.

Ich danke an dieser Stelle auch den vielen Wienern, die mir ungeachtet ihrer politischen Einstellung zur Übernahme dieses Amtes ihre Wünsche übermittelten. Diese spontanen Beweise der Ermunterung und des Vertrauens sind eine große moralische und persönliche Hilfe für dieses schwere Amt.

Ich übernehme die Funktion aus den Händen eines Mannes, der nun insgesamt an die 17 Jahre, zuerst als Stadtrat, dann als Vizebürgermeister und zuletzt als Bürgermeister für Wien und die Wiener gearbeitet hat - der aus dem Amt scheidet, mit dem Gefühl, sein Bestes und den aktivsten Teil seines Lebens für die Stadt gegeben zu haben. Sie, meine Damen und Herren, wissen aus der unmittelbaren persönlichen Zusammenarbeit besser als ich, was Felix Slavik an Kenntnissen, Leistungen, Aufopferungen für diese Stadt gegeben hat. Ich persönlich möchte nochmals meiner Bewunderung für seine Arbeit Ausdruck geben und ihm aus tiefstem Herzen danken.

Ich halte diese meine Rede kurz vor dem Ende der Funktionsperiode des Gemeinderates. Es wäre daher vermessen und unglaubwürdig, für die verbleibenden Wochen der Amtstätigkeit, die noch dazu von der Wahlauseinandersetzung überschattet sein werden, ein detailliertes Arbeitsprogramm vorzulegen. Ebenso wenig aber kann ich hier für die nächste, für die kommende Wahlperiode nach den Wiener Gemeinderatswahlen ein ausgefeiltes Programm vorlegen. Dazu ist schon allein mein Respekt vor der parlamentarischen Demokratie und vor der Funktion der wahlwerbenden Parteien, die mit ihren Sachprogrammen vor die Wähler treten werden, zu groß. Und aus diesem Anlaß lassen Sie mich auch gleich sagen, daß ich mich zu meiner Überzeugung bekenne, daß die politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie eine durch nichts zu ersetzende Integrationsfunktion haben, indem sie nämlich zehntausende für den Einzelnen oft unübersichtliche und unüberschaubare Einzelprobleme zu entscheidungsfähigen Alternativen zusammenfassen.

Ich möchte aber dennoch einige meiner Gedanken zur Entwicklung unserer Stadt, zu den Problemen und zu den Zielvorstellungen kurz darlegen.

Erstens: Ich bin froh, schon bei einigen Gelegenheiten in den vergangenen Jahren öffentlich erklärt zu haben, daß ich es ablehne, die Kommunalpolitik als etwas Zweitrangiges oder gar Minderwertiges anzusehen. Es ist eine andere Sphäre der Politik - und wenn Politik bedeutet, auf Grund klarer Zielvorstellungen Entscheidungen zu treffen, Probleme zu lösen, Prioritäten zu setzen und die Ziele zu verwirklichen, dann ist die Kommunalpolitik jener Teil der Politik, der wohl am unmittelbarsten in das Leben des Einzelnen, in sein persönliches Glück und Wohlbefinden eingreift. Und die

Grundlage jeder Rechtsordnung und jeder staatlichen Gemeinschaft muß doch wohl sein, dem Einzelnen an dem von ihm gewählten Heimatort ein Leben ohne Not und ein Glücklichein nach seiner Façon zu ermöglichen.

Zweitens: Wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit sind wir besonders in den Großstädten mit einer an sich paradoxen Situation konfrontiert. Noch nie aber auch war die Abhängigkeit des Einzelnen von der Gemeinschaft so groß wie jetzt. Der Lebensstandard des Einzelnen -- zum Lebensstandard von heute gehört eben Bildung, Kultur, Transportwesen, Versorgung mit Wasser und Energie, Beseitigung von Abwasser und Abfällen und vieles andere mehr -- ist heute nicht mehr allein von der Höhe seines eigenen Einkommens, sondern zu einem großen Teil vom Vorhandensein und Funktionieren der städtischen Gemeinschaftseinrichtungen abhängig. Es muß sich langsam die Erkenntnis Bahn brechen, daß in den letzten 100 Jahren die private Initiative, das private Streben nach Einkommen und Gewinn, große Werte geschaffen haben, daß wir aber nunmehr mit Fragen konfrontiert werden, die bei noch so großer Tatkraft für den einzelnen allein unlösbar geworden sind.

Drittens: Durch die Akzeleration in der Entwicklung von Wissenschaft und Technik haben wir einen Stand der technischen Entwicklung erreicht, daß -- als wissenschaftlich-technisches Problem betrachtet -- fast alles machbar ist, was denkbar ist. Die Schwierigkeit liegt heute nicht in der Technik, sondern in den Kosten. Und daher möchte ich mich dazu bekennen, daß ich zwar bereit bin, allen auf Wien zugeschnittenen utopischen Romanen zu applaudieren, daß ich aber nicht bereit bin, sie ernst zu nehmen, wenn diese utopischen Romane nicht auch die Aufbringung der Mittel behandeln.

Viertens: Ich bin der festen Überzeugung, daß der mündige Wiener in der Lage ist, über das Schicksal seiner Stadt vernünftige Entscheidungen zu treffen. Wir besitzen dank unserem Schulsystem die bestgebildeten und dank der Kommunikationsmedien die bestinformierten Bürger, die diese Stadt je hatte. Für mich ist es erfreulich, daß unsere Wiener von heute sich weigern, Autorität und Entscheidungen einfach hinzunehmen, ohne sie nach ihrer Rechtfertigung zu befragen. Mitentscheidung setzt allerdings verstärkte Information -- vor allem verstärkte Information über

Zielvorstellungen und Zusammenhänge voraus. Wenn dem Einzelnen immer nur punktuelle Einzelentscheidungen zur Kenntnis gebracht werden, dann kann er nicht über die Zusammenhänge entscheiden. Und ich bekenne mich dazu, daß wir mit den Menschen nicht in der Fachsprache der Ingenieure oder Soziologen oder der Politologen sprechen sollen, daß wir das Gespräch nicht auf eine Schicht von Kennern einiger hundert Fachausdrücke beschränken, sondern in klarer Sprache mit den Mitmenschen verkehren.

Fünftens: Es wird heute sehr viel über Planung gesprochen und auch sehr viel von reiner Sachpolitik bei der Planung. Ich darf Ihnen offen sagen, daß für mich objektive, quasi computerisierte Planung ohne zugrundeliegende Wertvorstellungen über Sinn, Ziel und Inhalt der Politik nicht möglich ist. Planung, auch die Planung der Entwicklung einer Stadt, muß von inneren Wertvorstellungen ausgehen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle zu sagen, daß ich durch meine Wahl den festen Vorsatz habe, Bürgermeister aller Wiener zu sein, daß ich mich aber dennoch persönlich weiterhin zu den sozialdemokratischen Wertvorstellungen der Politik, das heißt Arbeit für die Würde des Menschen bekenne. Ich bekenne mich zu einer Politik, die sich nicht in kaltschnäuzigem Managertum manifestiert, sondern als Ziel das Glück des Einzelnen hat.

Sechstens: Gerade deswegen aber, weil ich Glück und Wohlergehen des Einzelmenschen in den Mittelpunkt der Betrachtung stelle, muß ich darauf hinweisen, daß Demokratie vor allem in der Großstadt weder schrankenlose Freiheit noch schrankenlose Durchsetzung von Einzelinteressen bedeutet. Die Demokratie will eine Menschenvielfalt zu einer handelnden Einheit verbinden. Wenn jede Handlung im überwiegenden Gemeinschaftsinteresse durch Einzelinteressen verhindert werden kann, dann bedeutet das nicht mehr Demokratie, sondern den Tod der Gemeinschaft und damit auch im konkreten den Tod unserer Stadt.

Auf der Basis dieser grundsätzlichen Überlegungen sehe ich folgende Schwerpunkte für die Arbeit unserer Stadtverwaltung

I) Mehr Mitwirkung für den einzelnen Gemeindebürger. Oft werden bei der Forderung nach erweiterter Mitwirkung der Gemeindebürger zwei Dinge miteinander verwechselt: Mitbestimmung und Interessenvertretung. Beides ist legitim, bedeutet aber inhaltlich etwas ganz verschiedenes. Ich weiß schon, daß die Tendenz besteht,

Einzelinteressen mit dem Mantel des öffentlichen Interesses zu tarnen.

Aber zum Konkreten:

a) Das berechtigte Interesse formaljuristisch nicht legitimer Anrainer an Maßnahmen im Stadtgebiet sollte sich zuerst mit Hilfe des Bezirksvorsteher beziehungsweise der Bezirksvertretungen artikulieren können (es muß ja unter den Interessenten nicht automatisch ein Rechtsanwalt oder Journalist oder höherer Beamter sein, der das Ganze organisiert). Als zweite Stufe sollten dann diese organisierten Interessenten ausreichend informiert werden und Gelegenheit haben, in allen Stadien der behördlichen Entscheidungen voll vertreten zu sein.

b) Die Bürgermitentscheidung in Angelegenheiten und Entscheidungen von allgemeinem Interesse erfordert hingegen einen eindeutigen Ausbau bei den Einrichtungen der direkten Demokratie auch in Wien. Daß von solchen Möglichkeiten sparsam Gebrauch gemacht werden muß, ist klar. Es wäre vielleicht die Verlockung groß, daß die gewählten und verantwortlichen Mandatäre aus Scheu vor der Verantwortung dem Volk die Entscheidung überlassen. Niemand könnte ihnen dann später den Vorwurf ersparen, daß sie sich notwendigen Entscheidungen, die sie auf Grund ihrer vertieften Einsicht in die Zusammenhänge hätten treffen müssen, entzogen haben.

c) Schließlich aber sollte eine Aufwertung der gewählten Bezirksvertretungen und Bezirksvorsteher erfolgen, und zwar auch mit eigener Verfügungsgewalt im Bereich jener vielen Dinge, die man abwertend als Kleinigkeiten bezeichnet und die doch letztlich oft mehr als große Dinge darüber entscheiden, ob sich jemand in seiner Heimatstadt wohlfühlt.

Wenn wir im neuen Gemeinderat ein System finden, in dem vor allem Interessenvertretung und Bürgermitentscheidung gewahrt sind, dann sehe ich sogar Vorteile im Sinne des Gesamtinteresses: weil immer dann, wenn sich ein Einzelinteresse als Gesamtinteresse tarnt, jeder Wiener die vorgebrachten Argumente gegeneinander abwägen kann.

II) Ich komme sofort zum nächsten Punkt, der mir sehr wesentlich erscheint. Es ist dies das Problem der Bodenordnung, der sozialen Nutzung des städtischen Grund und Bodens. Ich schließe mich jenen an, die verlangen, man müsse die Stadtexpansion, das

heißt, das Hinauswachsen Wiens in den Wald- und Wiesengürtel zugunsten der Stadterneuerung einschränken. Ich bekenne mich selbst leidenschaftlich zum Lebendigerhalten unserer gewachsenen Stadt. Aber auch hier muß man klar aussprechen: Erneuerung des Stadtkerns, Erneuerung auch der Vorstädte aus der Gründerzeit ohne eine bundesgesetzliche Regelung ist entweder unmöglich, oder verschlingt in verantwortungsloser Weise das Steuergeld sämtlicher Wiener. Ich möchte deutlich aussprechen, daß ich persönlich weder für eine Verstaatlichung noch für eine Kommunalisierung von Grund und Boden bin. Dies beruht auf grundsätzlichen und praktischen Erwägungen. Ganz anders steht es aber mit der Frage des Nutzungsrechtes. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß ein nicht vermehrbares Gut wie Grund und Boden, wenn es nur der schrankenlosen Nutzung durch den Eigentümer unterliegt, eben nicht für die Allgemeinheit dienstbar gemacht werden kann. Ich mache dem einzelnen Grundeigentümer keinen Vorwurf, daß er sein Monopol oder Quasi-Monopol ausnützt. Aber ich bin der Meinung, daß die staatliche Gesetzgebung diese Monopolnutzung einschränken und durch Ordnungsmaßnahmen garantieren soll, daß die Stadterneuerung nicht nur eine schöne Forderung auf dem Papier bleibt, sondern auch wirklich stattfinden kann. Gerade für Wien ist diese Forderung vordringlich: im bestehenden Stadtgebiet sind ungeheure Infrastrukturinvestitionen vorhanden, die mangels einer Bodenordnung nicht zur Stadterneuerung genutzt werden können, während dieselben Infrastrukturinvestitionen in den neuen Stadtbaugebieten am Stadtrand unter sehr großem finanziellen Aufwand geschaffen werden.

III) Die Fortsetzung des sozialen Wohnbaues, besonders aber des kommunalen Wohnbaues ist dringend notwendig. Vor 50 Jahren, am 21.9.1923, wurde das erste 5-Jahres-Wohnbau-Programm der Stadt Wien beschlossen.

Sosehr es zur Zeit seiner Schaffung von den anderen politischen Kräften umstritten war, sosehr wurde es international anerkannt und hat zum ersten Mal das bis dahin geltende Prinzip der 85 prozentigen Verbauung bei Wohnhäusern, der finsternen Lichthöfe und der menschenunwürdigen Wohnungen durchbrochen. Eine Stadt, die für alle ihre Bewohner da ist, muß auch jetzt die Wohnbautätigkeit fortsetzen, insbesondere solange keine Bodenordnung da ist, die

auch gemeinnützigen Genossenschaften und Wohnungseigentumsge-
sellschaften die Erwerbung von Baugrund zu solchen Bedingungen
ermöglicht, daß sie von einem Wiener Durchschnittsverdiener auch
erfüllt werden können.

IV) Die Umwelt des Menschen hört nicht an der Wohnungstür
auf. Mit Recht sind auch die Wiener umweltbewußt geworden. An uns
wird es liegen, klar zu machen, daß es nicht um eine absolute
Versteinerung, sondern um eine menschenwürdig geplante Umwelt geht.

Hier insbesondere ist, abgesehen von den Milliardenin-
vestitionen für Trinkwasser und Kanalisation, die niemand sieht,
die doch aber lebenswichtig sind, die Frage des Grünlandes be-
sonders aktuell geworden. Hier sind wir rechtlich mit einem un-
befriedigenden Zustand konfrontiert. Die Grünflächen auf öffent-
lichem Grund sind zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich besser
geschützt als die Grünflächen auf privatem Grund. Einerseits
hat die Gemeinde Wien wesentlich mehr Grünflächen neu geschaffen
als wahrscheinlich jede andere vergleichbare Stadt: die Grün-
flächenbilanz auf öffentlichem Grund der letzten 20 Jahre ist
positiv: mehr Zuwachs als Abgang. Darüber hinaus aber ist der
Baumbestand auf öffentlichen Grundstücken eines besonderen
Schutzes durch die mobilisierte öffentliche Meinung sicher. Auf
privaten Grundstücken wird der Baumbestand in zunehmendem Maße
beseitigt, ohne daß ausreichende gesetzliche Bestimmungen be-
stehen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Die Hansestadt Hamburg besitzt eine international anerkannte
Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Stadt.
Eine ähnliche Regelung wäre für Wien mit Ausnahme der Forste,
weil Forstwesen Bundeskompetenz ist, möglich. Der Schutz aller
übrigen Bäume und Grünflächen ist nach den Bestimmungen der
Bundesverfassung Landessache. Ich werde nach den Gemeinderats-
wahlen die Ausarbeitung eines Gesetzes veranlassen, das zur Er-
haltung eines gesunden Umwelt das Ausmaß des Baumbestandes der
Stadt Wien, egal ob auf öffentlichem oder privatem Grund, in
seiner Summe sichert - dies mit Ausnahme von Forsten und Obst-
bäumen. Das Fällen von Bäumen auf größeren Grundstücken soll
grundsätzlich einem strengen Bewilligungsverfahren unterworfen und
überhaupt nur möglich sein, wenn Ersatzpflanzungen an einem anderen
Standort vorgenommen werden. Während derzeit Einzelbäume oder
Baumgruppen nur geschützt werden können, wenn sie wegen ihrer

Seltenheit oder ihres besonderen Gepräges erhaltungswürdig sind, sollen sie in Zukunft als grüne Lungen zur Erhaltung einer gesunden Umwelt unter Schutz gestellt werden können. Auch hier wäre eine besondere Einschaltung der Bezirksvertretungen vorzusehen.

V) Die Planung der Stadtentwicklung sollte davon ausgehen, daß es vielleicht statistisch den Durchschnittswiener gibt, aber ansonsten Wien eine Einheit in der Vielfalt ist, das heißt, aus einer Vielfalt von Altersgruppen, Berufsgruppen und verschiedenen Erwartungen über Umweltbedürfnisse besteht. Die Planung, die hier wertvolle Vorarbeiten geleistet hat, muß auf diese differenzierten Wünsche und Notwendigkeiten Rücksicht nehmen.

Das betrifft den Städtebau, wo eben das Ideal des einen eine Wohnung im dichtverbauten Gebiet und das Ideal des anderen ein Siedlungshaus, darstellt.

Das betrifft die besonderen Probleme und Wünsche der älteren Mitbürger, denen gegenüber wir alle eine große moralische Verpflichtung haben. Menschen, die durch ihre Arbeitsleistung Wien zu dem gemacht haben, was es heute ist und worauf wir stolz sind, soll und darf man im Alter nicht aus der Gemeinschaft der Wiener ausschließen. Besonders über die soziale Betreuung und die finanzielle Betreuung hinaus, sollten alle Initiativen für gesellschaftliche Tätigkeiten, für die Integration in die Gesellschaft gefördert werden.

Das betrifft unsere Jugend, die man nicht als kleine Erwachsene behandeln soll, sondern als Kinder und Jugendliche mit durchaus eigenen Wünschen und Notwendigkeiten bezüglich ihrer Umwelt.

Das betrifft die Kulturbedürfnisse, das betrifft das Bildungswesen, das Sportwesen und vieles andere.

Das betrifft das Gesundheitswesen; eine Gesellschaft, die dem Fortschritt der Medizin Lob zollt, aber einen erkrankten Mitbürger tagelang auf ein Spitalbett warten läßt, ist eine unmenschliche Gesellschaft. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine Lösung dieses Problems an der Kostenfrage nicht scheitern darf.

VI) Einige Sätze zum Verkehrsproblem in Wien: Wir sind uns, glaube ich, einig, daß wir nicht die autogeriichte Stadt, sondern die menschengerechte Stadt anstreben. Dennoch lehne ich es ab, jetzt plötzlich einer Mode folgend, Autos grundsätzlich zu ver-

dammen. Solange das Automobil ein privilegiertes Verkehrsmittel war und nur wenige sich eines leisten konnten, gab es keine Probleme. Kaum wird das Auto ein Gebrauchsgegenstand, den sich auch der Durchschnittswiener leisten kann, lehnt man es grundsätzlich ab. Dem schließe ich mich nicht an. Wohl aber bin ich der Meinung, daß, wenn unsere Stadt eine lebendige, humane Stadt bleiben soll, der öffentliche Verkehr so ausgebaut, so attraktiv gemacht werden muß, daß der Anreiz zur Benützung des eigenen Pkws für die Fahrt zur Arbeit wegfällt. Ich sage deutlich, daß mir die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel Auto weniger durch den Nulltarif gegeben erscheint, als vielmehr durch Bequemlichkeit, Schnelligkeit und Zielerreichbarkeit.

Es finden konkrete Verhandlungen mit dem Bund, das heißt Bundesminister für Finanzen und Bundesminister für Verkehr, mit dem Ziel der Errichtung einer Verkehrsorganisation für den gesamten Raum Wien statt. In Zusammenarbeit mit den Bundesbahnen, in Verhandlungen mit dem Finanzminister und in Gesprächen mit den umliegenden Gemeinden der Region Wien wollen wir versuchen, rasch ein Netz von attraktiven Verkehrsverbindungen nach Wien und in Wien zu schaffen. Der große Schritt des Weggehens von der formalen Autonomie der einzelnen Verkehrsträger, des Koordinierens der Investitionen und der Schaffung einer zielstrebig planenden Organisation muß und wird endlich getan werden.

Es geht hier nicht darum, besondere Vorteile herauszuholen, sondern jene Region, in der zwei Millionen Menschen, das sind fast ein Drittel der Österreicher, leben, im Zusammenwirken aller Verantwortlichen zu erschließen.

Neuerlich möchte ich darauf hinweisen, daß auch Investitionen, die die Straßen von öffentlichen Verkehrsmitteln befreien und dadurch für den Auotverkehr aufnahmefähiger machen, eine eindeutige Förderung des PKW-Verkehrs darstellen und es insbesondere angesichts der Steuerleistungen der Wiener Autobesitzer durchaus vertretbar ist, Beträge des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel zu verwenden.

Und noch ein Wort zu den Verkehrsmitteln. Ich halte bei Verkehrsbetrieben den Ausdruck Defizit für falsch und moralisch anfechtbar. Niemand spricht ansonsten von Defizit bei Gemeinschaftsleistungen, sei es öffentliche Beleuchtung, Straßenbau oder anderes.

Auch der öffentliche Verkehr ist eine Gemeinschaftsleistung, die zum Teil von der öffentlichen Hand unterstützt werden muß.

Viele Probleme und viele Zielvorstellungen gäbe es noch zu erwähnen. Ich möchte aber zum Schluß kommen und folgendes sagen: Politik heißt sicher Probleme zu lösen. Politik heißt im Rahmen der Möglichkeiten Prioritäten zu setzen. Vor allem aber heißt Politik Ziele zu setzen.

Das Ziel sollte, glaube ich, sein, Wien weder nur als Fremdenverkehrsstadt, weder nur als Stadt einer großen Vergangenheit, sondern als lebendige Stadt, d.h. nicht als Zustand, sondern als Entwicklungsprozeß, zu sehen. In diesem Entwicklungsprozeß soll es eine Stadt sein für alle Menschen, die in ihr leben und arbeiten. Eine Stadt, deren Kern nicht entvölkert wird und die nicht in der Technik erstickt - eine Stadt, in der die Bürger über die Zusammenhänge informiert sind und im Interesse der Gemeinschaft mitarbeiten. Eine Stadt, in der keine Geschenke verteilt werden, aber in der wir gemeinsam dafür sorgen, daß sie eine Heimat ist, in der es sich zu leben lohnt.

Perikles sagte in der berühmten Grabrede im 1. Jahr des Peloponnesischen Krieges:

Die Verfassung, die wir haben, richtet sich nach keinen fremden Gesetzen; viel eher sind wir für sie sonst jemand ein Vorbild als von anderen abhängig. Mit Namen heißt sie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf eine größere Zahl gestellt ist, Volksherrschaft. Es haben aber nach dem Gesetz in dem, was den einzelnen angeht, alle gleichen Teil, und der Geltung nach hat im öffentlichen Wesen den Vorzug, wer sich irgendwie Ansehen erworben hat, nicht nach irgendeiner Zugehörigkeit, sondern nach seinem Verdienst; und ebenso wird keiner aus Armut, wenn er für die Stadt etwas leisten könnte, durch die Unscheinbarkeit seines Namens verhindert.

Unsere Stadt verwehren wir keinem, und durch keine Fremdenvertreibungen mißgönnen wir jemandem eine Kenntnis oder einen Anblick.

Wir vereinigen in uns die Sorge um unser Haus zugleich und unsere Stadt, und den verschiedenen Tätigkeiten zugewandt, ist doch auch in staatlichen Dingen keiner ohne Urteil. Denn einzig bei uns heißt einer, der daran gar keinen Teil nimmt, nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter, und nur wir entscheiden

in den Staatsgeschäften selber oder denken sie doch richtig durch.
Denn wir sehen nicht im Wort eine Gefahr fürs Tun, wohl aber darin,
sich nicht durch Reden zuerst zu belehren, ehe man zur nötigen
Tat schreitet.

Im Sinne dieser vor über 2300 Jahren gehaltenen Rede appelliere ich an alle Wiener, mitzudenken, mitzureden und mitzuhandeln für unsere Stadt. Ich fasse auch die politische Auseinandersetzung so auf, daß erst aus der Diskussion über verschiedene Ziele die fruchtbare Synthese der gemeinsamen Arbeit für Wien entstehen kann. Im Sinne Perikles sage ich: Nichts ist schlechter als nicht Stellung zu beziehen. Zur Stellungnahme, zum Mitdenken, seien alle Wiener aufgefordert, von unserer Seite wird es dabei keine Tabus geben.

Der österreichische Schriftsteller Hans Weigel sprach in seiner Dankrede nach der Überreichung des Preises der Stadt Wien von dem geträumten und dem realen Wien, die so selten zur Einheit werden.

Die Aufforderung, an der Verwirklichung dieser Einheit mitzuwirken, ergeht an alle. Denn Wien ist nicht die Stadt des Bürgermeisters, des Stadtsenates oder des Gemeinderates - es ist die Stadt aller Wiener!

- - -

Bürgermeister Leopold GRATZ
=====

Leopold Gratz wurde am 4. November 1929 als Sohn eines Bankangestellten in Wien geboren. Nach der Volksschule und dem Realgymnasium studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Wien und beendete sein Studium als abs.jur. Seine berufliche Tätigkeit begann er 1952 im Sozialministerium, ehe er sich ganz der politischen Arbeit widmete.

Von 1953 bis 1963 war er Sekretär des Klubs der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte, anschließend bis 1972 Zentralsekretär der Sozialistischen Partei Österreichs. Von 1963 bis 1966 gehörte Gratz als Vertreter Wiens dem Bundesrat an, am 30. März 1966 wurde er erstmals in den Nationalrat gewählt, dem er bis zu seiner Nominierung zum Wiener Bürgermeister angehörte. 1970 bis 1971 war Leopold Gratz Unterrichtsminister im Kabinett Dr. Kreisky. In diese kurze Zeit fallen entscheidende Maßnahmen der Schulreform und die Reorganisation der Bundestheater. Im November 1971 wurde Leopold Gratz geschäftsführender Obmann des Klubs der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte. Diese Funktion sowie sein Mandat als Nationalratsabgeordneter legte er nach seiner Nominierung zum Wiener Bürgermeister nieder.

Am 4. Juni 1973 wurde Leopold Gratz von den leitenden Körperschaften der Wiener SPÖ als Wiener Bürgermeister vorgeschlagen. Am 5. Juli 1973 wurde er vom Gemeinderat als Bürgermeister und damit auch als Landeshauptmann von Wien gewählt.

Leopold Gratz wohnt in Wien, ist verheiratet und hat zwei Söhne im Alter von 12 und 14 Jahren.

- - -

k o m m u n a l :

=====

erhoehung des taxitarifs beantragt

2 wien, 5.7. (rk) im rechtsausschuss des wiener gemeinderates wurde donnerstag der antrag behandelt, die wiener taxitarife um zehn prozent zu erhoehen. die kammer der gewerblichen wirtschaft begruendet die tarifaenderung mit den seit juli 1971 eingetretenen kostensteigerungen, wie dieselpreiserhoehung und mehrwertsteuer. der rechtsausschuss beschloss, den antrag dem landeshauptmann vorzulegen.

1325

l o k a l :

=====

weiterer impfschutz fuer die schweine in wien

1 wien, 5.7. (rk) der impfschutz der bisher in wien gegen die maul- und klauenseuche geimpften schweine laeuft in diesen tagen ab. um den schutz der tiere gegen die seuche zu verlaengern, beginnen freitag in wien neuerlich impfungen an den rund 6.000 tiere. umfassenden bestand.

zunaechst werden die tiere in den bezirken 22 und 13 geimpft, wo - wie gemeldet - die ersten faelle von maul- und klauenseuche aufgetreten sind. es folgen dann naechste woche die impfungen im 10. bezirk. die zweitimpfung wird voraussichtlich einen schutz auf weitere drei monate gewaehren.

0923

Kommunal:Wahl des neuen Wiener Bürgermeisters
=====

Wien, 5.7. (RK) Der 43jährige Leopold G r a t z wurde am Donnerstag als Nachfolger von Felix S l a v i k zum neuen Wiener Bürgermeister gewählt: Von 99 abgegebenen Stimmen - eine sozialistische Gemeinderätin (Karoline Pluskal) - entfielen 62 Stimmen auf Leopold Gratz. 37 Stimmzettel waren ungültig. Davon waren 34 leer und drei trugen den Vermerk "Kontrolle".

Die Sitzung des Gemeinderates war von Bürgermeister Felix Slavik eröffnet worden. Die Galerien waren überfüllt, unter den Gästen sah man unter anderem Bundeskanzler Bruno K r e i s k y, die Minister Dr. Herta F i r n b e r g, Dr. Hannes A n d r o s c h und Dr. Christian B r o d a. Auch der dritte Nationalratspräsident Otto P r o b s t war anwesend. Nachdem Slavik bekanntgegeben hatte, daß drei Anfragen von der FPÖ und je ein Antrag von der SPÖ, der FPÖ, der DFP sowie schließlich sieben Anträge der Bezirksvertretung Neubau und einer vom 8. Bezirk eingelangt seien, wurden zunächst drei neue Gemeinderäte angelobt: Frau Johanna D o h n a l, Johann H a t z l und Gerhard L u s t i g (alle SPÖ).

Abschied

Felix Slavik hielt sodann seine Abschiedsrede als Bürgermeister vor dem Gemeinderat. Er habe seine Funktion als Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien deshalb zur Verfügung gestellt, weil er bei der Wiener Konferenz der SPÖ bloß von etwas mehr als zwei Drittel der Delegierten unterstützt worden sei. Seiner Meinung nach müsse aber ein von den Sozialdemokraten gestellter Bürgermeister das uneingeschränkte Vertrauen der Delegierten der eigenen Partei besitzen. Alle anderen Kombinationen, die in diesem Zusammenhang über seinen Rücktritt angestellt worden seien, seien aus der Luft gegriffen worden. Slavik gab sodann einen Rückblick über seine nunmehr 28jährige Tätigkeit für das Wiener Rathaus. Er erinnerte daran, daß im Jahr 1945 eine verarmte Wiener Bevölkerung und eine verarmte Wiener Stadtverwaltung an den Aufbau der Stadt herangegangen sei, der sich in vier Phasen gegliedert habe und dessen letzte Phase

nun diese sei, daß Wien kommunalpolitische Leistungen erbringe, die für viele andere Städte der Welt wieder beispielgebend sei.

Abschließend dankte Bürgermeister Felix Slavik dem Gemeinderat und der Wiener Bevölkerung und wünschte seinem Nachfolger und der Stadtverwaltung eine gedeihliche Zukunft. Unter dem Applaus des Gemeinderates übergab Slavik Vizebürgermeister B o c k den Vorsitz und nahm seinen traditionellen Platz in der ersten Reihe des Saales ein.

Vizebürgermeister Bock nahm sodann eine Würdigung Felix Slaviks als Bürgermeister und Politiker vor. Er wies darauf hin, daß Slavik zu jenen immer kleiner werdenden Kreis gehöre, der 1945 an den Wiederaufbau Österreichs und der demokratischen Stadtverwaltung geschritten sei. . . Besondere Verdienste habe sich Slavik am Zustandekommen des ersten Finanzausgleiches erworben und sei maßgeblich an verschiedenen Großprojekten der Stadt beteiligt gewesen.

Bock erinnerte daran, daß Slavik als Nachfolger von Bruno Marek im Dezember 1970 mit 88 von 97 gültigen Stimmen zum Wiener Bürgermeister gewählt worden sei. Alle Fraktionen hätten damals durch ihre Sprecher Slaviks politische Bedeutung und seine außerordentliche kommunalpolitische Erfahrung hervorgehoben. Man habe Felix Slavik als Mensch und Politiker gekannt und war sich im klaren, daß er seinen Lebens- und Politikerstil nicht ablegen werde. Seine Stärken und seine Schwächen seien bekannt gewesen. Die systematische Diffamierung Slaviks habe jedenfalls bald nach dessen Amtsantritt eingesetzt. Vieles von dem, was ihm vorgeworfen werde, sei in- und außerhalb des Rathauses früher bekannt gewesen, ohne daß es jemandem eingefallen wäre, daraus strafwürdige Tatbestände des Finanzreferenten Slavik abzuleiten, wie das jetzt geschehe.

Slaviks Bilanz sei ohne Zweifel positiv, und auch die Fehler, die geschehen seien, müßten im Zusammenhang mit den positiven Leistungen gesehen werden. Denn schon Abraham Lincoln habe gesagt, daß ein Mann zu nichts imstande sei, der nicht auch imstande sei, Fehler zu machen. Zudem sollte der Kampf um die Reinheit in der Politik selbst auch rein geführt werden, soll die Glaubwürdigkeit der Demokratie nicht gefährdet werden. Er jedenfalls sei sicher, schloß Bock, daß Slavik den ihm gebührenden Platz in der Geschichte Wiens einnehmen werde, sobald genügend Abstand gewonnen sei. (Starker Beifall der SPÖ).

Die Wahl

Vizebürgermeister Bock gab sodann bekannt, daß die SPÖ Leopold Gratz als neuen Bürgermeister vorschläge und bat die Gemeinderäte Dr. G o l l e r , K l e m e n t , M a y r h o f e r und M ü l l e r als Wahlprüfer nach vorne. Während die Urne geprüft wurde, ob sie tatsächlich leer sei, wechselte Felix Slavik seinen Platz: vom angestammten Sitz des Bürgermeisters in der ersten Reihe auf einen Platz am äußersten Ende in der zweiten Reihe hinter Stadtrat N e k u l a .

Die Gemeinderäte wurden sodann namentlich aufgerufen und gaben ihren Stimmzettel in die Urne. Die Sitzung wurde zur Auszählung der Stimmen unterbrochen und wenige Minuten danach wieder aufgenommen. Unter Beifall der SPÖ verkündete Vizebürgermeister Bock das Wahlergebnis. Bock und die beiden Schriftführer baten sodann den neugewählten Bürgermeister Leopold G r a t z in den Sitzungssaal. Im Licht der Scheinwerfer und unter großem Applaus trat Gratz in den Kreis der Gemeinderäte. Auf die formelle Frage, ob er die Wahl annehme, antwortete er erwartungsgemäß und leistete sodann das Gelöbnis.

Vizebürgermeister Bock beglückwünschte den neuen Bürgermeister zu seiner Wahl und erinnerte daran, daß Gratz der siebente Wiener Bürgermeister seit Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Wien sei. Von diesen sieben sei er mit Abstand der jüngste. Er sei überzeugt, daß die Wiener Bürger bei der Gemeinderatswahl im Oktober Gratz das notwendige Vertrauen aussprechen würden, um zu beweisen, daß er nicht nur Wiens jüngster Bürgermeister, sondern auch jener sei, der den Zeitproblemen bestens gerüstet gegenüberstehe.

Nachdem Gemeinderat S c h r e i n e r von Vizebürgermeister Bock den Vorsitz übernommen hatte, hielt Bürgermeister Leopold Gratz seine Antrittsrede (siehe "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 1313 bis 1323).

DFP: Bürgermeisterwahl war unnötig

Nach der Antrittsrede von Bürgermeister Gratz, stellte Gemeinderat Dr. S t e m m e r (SP) den Antrag, die Debatte zu eröffnen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und als erster Debattenredner meldete sich Gemeinderat Dr. T u m a (DFP) zu Wort, der die Bürgermeisterwahl zu diesem Zeitpunkt

als kommunalpolitisch unnötig bezeichnete. Die Wahl Leopold Gratz' zum neuen Bürgermeister sei nichts anderes als ein Wahlkampfmanöver.

Was die Politik des Rathauses betreffe, wolle er erst den Bericht des Rechnungshofes abwarten, ehe er dazu Stellung nehme, meinte der Redner, um anschließend darauf hinzuweisen, daß für die Rathauspolitik keine Person allein verantwortlich sei, sondern sehr wohl die seit 1945 bestehende Koalition von ÖVP und SPÖ. Diese Koalition hätte in den ersten Jahren gewiß keine schlechte Arbeit geleistet, doch änderten sich eben die Zeiten und die Probleme würden immer komplizierter. Sie könnten daher nicht mehr mit alten Mitteln gelöst werden.

Auf den Inhalt der Antrittsrede des Bürgermeisters eingehend, erklärte GR.Dr. Tuma, daß er lediglich auf die Erklärungen Gratz bezüglich der Planung Stellung nehmen wolle. In dieser Hinsicht müsse endlich Schluß gemacht werden mit dem Durcheinander und der Planlosigkeit. Was die Bodenbeschaffung betreffe, müßten Entschädigungen nach sozialen Grundsätzen erfolgen, wobei er an den kleinen Mann denke, der seinen Garten im Interesse der Öffentlichkeit aufgeben muß. Zum Schluß auf die Verkehrsproblematik eingehend, erklärte GR. Tuma, daß man in Wien einen Versuch mit dem Nulltarif bei den Verkehrsbetrieben machen solle.

Dem zurückgetretenen Bürgermeister Slavik bescheinigte der DFP-Redner, ein guter Österreicher und ein guter Demokrat zu sein. Einen persönlichen Glückwunsch an den neuen Bürgermeister wolle er sich aber für die Zeit nach der Gemeinderatswahl aufheben.

ÖVP - Leistungswettbewerb für Wien

Ein Zwischenfall brachte Stadtrat Dr. Maria S c h a u m a y e r (ÖVP) als zweite Diskussionsrednerin ans Pult: Der Fraktionsvorsitzende der FPÖ, Gemeinderat Dr. Erwin H i r n s c h a l l hatte wenige Sekunden nach seiner Wortmeldung bei den ersten Sätzen einen leichten Kreislaufkollaps erlitten und mußte den Sitzungssaal verlassen.

Frau Stadtrat Schaumayer vertrat die Ansicht, daß die Wahl des neuen Bürgermeisters einer ungewöhnlichen, von der SPÖ geschaffenen Situation entspreche. Man müsse den Schluß ziehen, dieser Bürgermeister sei nicht gewählt worden, um zu arbeiten,

sondern um als Wahllokomotive für einen Wahlkampf zu dienen. Die Hintergründe dieser Wahl seien in der Angst der SPÖ vor dem Rechnungshofbericht und der Flucht vor wichtigen Entscheidungen zu suchen.

Vor allem das System liege in Wien im argen: als Beweis für die Mißstände im System machte die Rednerin die Form der Durchführung zur Volksbefragung über den Sternwartepark geltend. Der "100-Tage Bürgermeister" beteilige sich an dem Vertuschungsversuch des Rechnungshofes und an der Flucht vor den vorzeitigen Neuwahlen. Wenn die Wiener den Inhalt des Rechnungshofberichtes nicht vor den Wahlen kennenlernten, bleibe das Unbehagen am System ohne Rücksicht auf neue Personen bestehen.

Von der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zur Kritik an der Wiener Wirtschaft: Der Wiener Rathausschilling sei noch stärker geschrumpft, da durch die Hortung von Steuergeldern große Beträge der Entwertung preisgegeben worden seien.

Weitere Kernpunkte ihrer Kritik: Die Wohnbauleistung sei unbefriedigend, Wohnbau werde noch immer als Wahlbau betrieben. An der Verkehrsmisere sei die SPÖ schuld, weil sie dem U-Bahn-Bau zu spät zugestimmt habe. Der Vorrang für den Massenverkehr sei nur ein Schlagwort, die Verkehrsbetriebe würden finanziell ausgehungert. Die Stadtplanung habe ihren Mangel an Ideenreichtum allzuoft unter Beweis gestellt.

Alle Schwerpunkte die seinerzeit Bürgermeister Slavik bei seinem **Amtsantritt** nannte, seien nicht erfüllt worden. Die Bilanz werde von der Bevölkerung als negativ empfunden.

Die Antrittsrede des neuen Bürgermeisters bezeichnete die Rednerin als "kommunale Poesie", der die Realität fehle.

Zur Begründung der Abgabe von leeren Stimmzetteln der ÖVP-Fraktion bei der Wahl des Bürgermeisters: "Da wir den Wiener Bürgermeister zu beurteilen haben nach der politischen Realität, nach dem System, das er vertritt und nach der politischen Situation, die er mitgeschaffen hat, sahen wir uns heute außerstande, unsere Stimme für den Kandidaten der SPÖ abzugeben".

Im Sinne der Leitmotive des politischen Wollens und Handelns der ÖVP stelle sich die Partei gern einem Leistungswettbewerb für Wien.

FPÖ: Reform der Stadtverfassung

Gemeinderat Dr. Erwin H i r n s c h a l l (FPÖ) bezeichnete die Bürgermeisterwahl als nicht mit normalen Maßstäben meßbar. Ihr Sinn und Zweck sei es gewesen, eine Wahllokomotive der SPÖ ins Rennen zu schicken. Deshalb liege auch kein konkretes Arbeitsprogramm vor. Hirnschall: "Wir wissen vom neuen Bürgermeister nicht mehr als im 'Profil' und in anderen Zeitungen stand." Als Plus müsse man allerdings werten, daß Gratz völlig unbeeinflußt an seine neue Aufgabe herangehen könne. Es sei allerdings zu bezweifeln, ob er noch lange so unkonventionelle Äußerungen abgeben werde, wenn das System das gleiche bleibt.

Ins Zentrum seiner Ausführungen stellte Dr. Hirnschall die Forderung nach einer druchgreifenden Reform der Wiener Stadtverfassung, der - seiner Meinung nach - noch Reste des Absolutismus anhaften. Diese Reform müsse das Kontrollamt ebenso wie das Stimmrecht und den Planungsablauf erfassen. Die Planung sei in der Form zu demokratisieren, daß die betroffenen Bürger rechtzeitig und umfassend informiert werden und daß auch die Möglichkeit zu Alternativen gegeben werde.

Abschließend kritisierte Dr. Hirnschall die "miserablen Arbeitsbedingungen" für die Opposition im Rathaus und sprach die Hoffnung aus, daß gerade Gratz als erfahrener Parlamentarier für diese Wünsche Verständnis zeigen werde.

SPÖ: Bürgermeisterwahl war zwingend

Wenn es eines Beweises für die Zweckmäßigkeit der Vorverlegung für die Gemeinderatswahlen bedurft hätte, so sei er heute geliefert worden, begann Landtagspräsident Dr. S t e m m e r namens der SPÖ seine Erklärung zur Antrittsrede von Gratz. Denn alle drei Vorredner hätten Wahlreden gehalten. Dabei hätten sich einige als Hellseher oder aber als wesentlich besser informiert als andere erwiesen, wenn sie den künftigen Rechnungshofbericht gleichsam als Damoklesschwert bezeichneten. Da er aber nicht annehme, daß die Beamten des Rechnungshofes ihre Pflicht verletzten, könnten also nur Hellseher am Werk gewesen sein. Damit würden die Verdächtigungen fortgesetzt.

Er habe ein gewisses Verständnis dafür, fuhr Stemmer fort, daß die ÖVP nicht für den neuen Bürgermeister gestimmt hat, weil

ja schließlich der Wahlkampf begonnen habe. Da die ÖVP, so behaupte sie es jedenfalls, sich dabei gute Chancen ausrechne, müsse sie gleichsam für das Entgegenkommen der SPÖ über die Vorverlegung der Gemeinderatswahl dankbar sein. Die Wahl eines neuen Bürgermeisters sei keineswegs überflüssig, sondern durch die Stadtverfassung zwingend vorgeschrieben. Denn der mit der Geschäftsführung beauftragte Vizebürgermeister sei verhalten, spätestens einen Monat nach dem Rücktritt eine Sitzung einzuberufen, damit ehestens die Neuwahl vorgenommen werden könne.

Der Sprecher der SPÖ beschäftigt sich sodann ausführlich mit der Frage, ob die Kommunalpolitik Wiens nach 1945 versagt habe. Keiner, der nach Kriegsende politische Verantwortung übernommen habe und auch jene, die seither nachgerückt seien, hätte Grund, sich für die erbrachten Leistungen zu genieren. Abschließend dankte Stemmer dem früheren Bürgermeister Felix Slavik für dessen großen Leistungen.

Wahl in Gemeinderatsausschüsse

Durch die Angelobung von drei neuen Mitgliedern des Gemeinderates wurden auch Wahlen in Gemeinderatsausschüssen notwendig. Als Mitglied der Gemeinderatsausschüsse Finanzwesen und Gesundheitswesen wurde Gemeinderat Gerhard L u s t i g , als Mitglied der Gemeinderatsausschüsse Hochbau und Wirtschaftsangelegenheiten Gemeinderat Johann H a t z l und als Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Liegenschaftswesen Gemeinderat Johanna Dohnal gewählt. Gemeinderat Friederike S e i d l wurde in den Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien berufen.

Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht

Stadtrat S c h w e d a (SPÖ) legte den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien sowie den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien für das Jahr 1972 vor. Auf Grund der verstärkten Stabilisierungsmaßnahmen der Stadtverwaltung konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr der sehr starken internationalen Preisauftriebstendenz erfolgreich entgegen gewirkt werden. So stehen Einnahmen in der Höhe von 21.278,605.331 S Ausgaben in der Höhe von 21.297,942.439 S bedeutet.

Dieses Ergebnis konnte vor allem dadurch erzielt werden, da die günstige wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre auch im Berichtsjahr angehalten hat. Während bei Erstellung des Voranschlages mit einem Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent gerechnet werden konnte, ergibt sich nunmehr, daß das tatsächliche Wachstum 6,4 Prozent real beziehungsweise 14,6 nominell beträgt.

Wesentliche Mehreinnahmen ergaben sich vor allem durch die Aufnahme eines Darlehens für die Wiener Stadtwerke mit 300 Millionen, durch höhere Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 158,2 Millionen und mit der Einnahme aus der Sonderrücklage für die soziale Wohnbauförderung der Stadt Wien mit 73,7 Millionen.

Auf der Ausgabenseite zählen zu den wesentlichsten Mehrausgaben neben den bereits erwähnten Darlehen der Ankauf von Kommunalschuldverschreibungen und Pfandbriefen im Ausmaß von 283,2 Millionen, die höhere Zuzählung von Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz mit 153,9 Millionen und der sonstigen Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues mit 122,2 Millionen, ferner Sonderrücklagen in der Höhe von 248,5 Millionen.

Dem Preisauftrieb "in den Griff zu bekommen" mit Hilfe von verschiedenen Stabilisierungsmaßnahmen sei unbedingte Notwendigkeit, und werde durch die Stadtverwaltung auch weiterhin forciert fortgesetzt werden. Der vorliegende Rechnungsabschluß sei wie Schweda abschließend meinte, sichtbarer Ausdruck der umfangreichen Leistungen der Stadt, aber auch Ausdruck dafür, daß Wien keineswegs "krank" sei.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

erste buergermeister-pressekonferenz:

man kann nicht ploetzlich alles neu machen

14 wien, 5.7. (rk) in seiner ersten pressekonferenz am donnerstag nachmittag im roten salon des wiener rathauses bei einem glas 'buergermeister-perle' betonte buergermeister leopold g r a t z , man duerfe nicht glauben, dass man ploetzlich alles anders oder neu machen koenne. der buergermeister war daraufhin angesprochen worden, dass in seiner antrittserklaerung keine grundsaeztlich neuen zielsetzungen gegeben wuerden. gratz wies auf die lange entwicklung wiens hin und sagte, dass man die dinge fortfuehren muesse. es waere wenig sinnvoll, eine 'reissbrett-konstruktion' anzufertigen. sein persoenliches zeitlimit, das er sich gesetzt habe, sei ein jahr.

in der improvisierten pressekonferenz wurde buergermeister gratz vor allem um interpretationen seiner antrittserklaerung ersucht. zur verwendung von mitteln aus dem zuschlag zur mineraloelsteuer fuer verkehrsbauten und nicht nur fuer den strassenbau: in einer grosstadt foerdere jeder verkehrsbau auch den strassenbau. sein ziel waere es, zu erreichen, bestimmte bauvorhaben als verkehrsfoerdernd aus diesen mitteln zu finanzieren.

fuer die erweiterung der bezirkskompetenzen sei keine gesetzliche aenderung notwendig. der gemeinderat koenne durch beschluesse, der buergermeister durch erlaesse kompetenzen delegieren. es sei jedoch nicht an eigene bezirksbudgets gedacht, sondern er stelle sich vor, dass die geldmittel auf grund von gemeinderatsbeschluesen freigegeben werden.

eine verbesserung der gesundheitspolitik duerfe nicht an den kosten scheitern, weil dies eine 'frage der moral' sei.

ein 'baumgesetz' muesse natuerlich sowohl fuer die privaten wie auch fuer die oeffentliche hand gelten. es duerfe

./.

keinesfalls mit zweierlei mass gemessen werden. die strafen muessten prohibitiv sein, damit sie keine kalkulationspost bilden koennten.

aenderung des wahlrechts: jedenfalls nicht fuer diese wahl. seine persoenlichen ueberlegungen gingen dahin, ein system von kleineren einer-wahlbezirken zu schaffen (wobei groessere bezirke geteilt werden) mit einem gesamtwiener-proporzausgleich.

eine art von sozialem garagenbau halte er nicht fuer gut. es muesse den menschen klar werden, dass zu den betriebskosten eines autos auch die garagierung zaehle.

auf das donauinselprojekt angesprochen, stellt buergermeister gratz eindeutig fest, dass er auf grund der verschiedenen einwendungen sofort und ohne tabuisierung das projekt pruefen lassen wolle. derzeit sehe er das problem so: negativ schlaegt zu buche, dass es sehr viel geld koste. positiv sei, dass es sich um ein faszinierendes projekt handle. eine entscheidung darueber wolle er jedenfalls moeglichst rasch und noch vor den wahlen herbeifuehren.

l o k a l :

=====

'schwarze maenner' waren die ersten gratulanten

18 wien, 5.7. (rk) die ersten gratulanten, die sich beim neugewaehlten wiener buergermeister leopold gratz unmittelbar nach abschluss der debatte ueber die erklaerung des buergermeisters einstellten, waren wiener rauchfangkehrer. die schwarzen maenner - zwei von ihnen waren direkt von ihren arbeitsplaetzen gekommen und demzufolge in ihrer schwarzen arbeitskleidung - wurden vom innungsmeister kommerzialrat dipl.-ing. q u e s t e r dem buergermeister vorgestellt. sie ueberreichten eine tabakspfeife, die von buergermeister gratz sofort ausprobiert wurde.

1700